Nushası 5 Kurustur

Abone
Dahil için: Aylık 1,75, üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.
Haric için: Aylık 5, üç aylık 13, altı aylık 25 R.M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre)

Ilânât
1. Sahifede: santimetresi 100 Kur.
2. » » 75 »
3. » » 60 »
4. » » 30 »

Idarehane: Şişhane Karakol Yokuşu, Saverio Kaleya Çikmazı Feniks matbâsı
Telgraf adresi: Türkpost
Telefon: Beyoğlu 1733
Posta Kutusu, Galata 269

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1 75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8 50 T.Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland 1 Monat 5.- R-Mark, 3 Monate 13 - R-Mark 6 Monate 25.- R-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 60 ---- Grusch, 4 Seite 30 Grusch. ---- (Inlandspreise)

Geschaeftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

3. JAHRGANG NO. 292 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Montag, 22. Okt. 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

Türk-yunan münasebatı artık yeni bir safhaya girmiştir. M. Pappa Atinadan bütün selahiyetleri haiz olarak 'avdet ediyor ve türk-yunan muallak mesailinin halli için Ankaraya gidecektir.

Yeni gelen havadislere mazaran «Ondine» tahtilbahrinin garkında, yunan gemisinin suvarisine hiç bir mes'uliyet tevecuh etmemekdedir.

In Athen wurden die türkisch-griechischen Beziehungen soweit geklaert, dass Pappa sich demnaechst mit allen Vollmachten zur Lösung der noch schwebenden Fragen nach Angora begeben wird.

Nach den neuesten Meldungen trifft den Kapitän des griechischen Dampfers keine Schuld an der «Ondine»katastrophe und der mangelhaften Nachrichtenübermittlung.

Zur Katastrophe der Ondine

Kein Verschulden des griechischen Kapitäns.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Φ Athen, den 21. Okt.

Die weitere Untersuchung in Rotterdam über die Verantwortung des griechischen Kapitäns bei dem Untergang des französischen Unterseeboots «Ondine» haben ergeben, dass der griechische Kapitän in jeder Weise seine Pflicht erfüllte. Es hat sich als unwahr herausgestellt, dass griechische Matrosen in Schifferkneipen über den Untergang gesprochen hätten, der griechische Kapitän ist sofort auf das griechische Konsulat gegangen und hat den Vorfall berichtet. Weiter ist in Lloyds Register ein Telegramm von dem griechischen Dampfer Ekaterini Gulandris eingegangen und am 5. Oktober veröffentlicht worden, in dem der Kapitän allen Schiffen und Funkstationen den Zusammenstoss mit dem Unterseeboot meldete. Es liegt somit Nachlässigkeit des französischen Marineministeriums und des französischen Marineattache's in London vor, die diese Nachricht nicht gelesen haben. Die Angriffe der französischen Presse auf den griechischen Kapitän und auf die griechische Handelsmarine im allgemeinen entbehren somit jeder Grundlage. Die Ekaterini Gulandris fuhr mit allen gesetzten Lichtern nach den Vorschriften des internationalen Seerechts. Der Kapitän hat sein Schiff sofort stoppen lassen und die Wasserfläche abgesucht, bei dem hohen Seegang und der Dunkelheit der Nacht jedoch nicht das Geringste wahrnehmen können.

Studentenunruhen in Budapest.

Schliessung der Universität.

Budapest, 21. Okt.

Der ungarische Unterrichtsminister ordnete die Schliessung der Budapester Universität an, weil die antisemitischen Kundgebungen der Studentenschaft anders nicht zu unterdrücken waren.

Die Veroeffentlichung des englischen Weissbuches.

London, 20. Okt. (A.A.)

Das englische Weissbuch, das die Dokumente zum englisch-französischen Soetkommen enthält, wird am Montag veröffentlicht werden.

Fliege nach Persepolis!

Teheran, 21. Okt.

Der Junkers Luftverkehr Persien hat mit der Organisation des Winter-Luftverkehrs auf der Strecke von Teheran nach Buschir begonnen, da bei den sehr günstigen Ergebnissen dieser Strecke eine Unterbrechung derselben während der Wintermonate unbedingt vermieden werden soll. Wegen der Bodenbeschaffung während der Regenzeit machte hauptsächlich die Flugplatzfrage in Schiras Sorge. Nach eingehender Rekognoszierung wurde beschlossen, etwa 50 km nördlich von Schiras einen Flugplatz anzulegen, welcher die bemerkenswerte Eigenschaft besitzt, in unmittelbarer Nachbarschaft der alten Ruine von Persepolis zu liegen. Archäologen und Historikern kann daher für etwaige Winterausflüge kein besserer Rat gegeben werden, als nach Persepolis zu fliegen, welches bisher nur unter Schwierigkeiten zu erreichen war.

Der Empfang des persischen Botschafters beim Staatspräsidenten.

Angora, 21. Okt.

Der persische Botschafter Firugi Chan hat heute dem Staatspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht und dabei die türkisch-persischen Beziehungen erörtert. Schah Pechlevi, so führte er u. a. aus und Ew. Exzellenz haben schon immer dafür gesorgt, Persien und die Türkei wieder aufzubauen und zu Ehren und Ansehen zu bringen. Die Tätigkeit Ew. Exzellenz, die politischen Beziehungen der beiden Länder inniger zu gestalten, hat bereits die besten Früchte gezeitigt. Ein Wendepunkt in der Geschichte dieser Beziehungen zwischen Persien und der Türkei ist eingetreten. Beide Völker stehen noch einmal als Brüder vor der gesamten Welt da. Diese neue Freundschaft wird gewiss sowohl das persische wie das türkische Volk zu neuem Aufstieg und Wohlstand führen. Beide Völker wissen es, dass der Weg den Ew. Exzellenz ging, der einzige ist, der sie einem neuen Glück entgegenführen kann. Mein persönlicher Wunsch ist es, an der sich immer enger gestaltenden türkisch-persischen Verbrüderung persönlich teilnehmen zu können. Ich bin fest überzeugt, dass ich in diesem Bestreben stets den Beistand der türkischen Regierung und die Mitarbeit Ew. Exzellenz geniessen werde.

Auf die Ansprache des persischen Botschafters erwiderte der Staatspräsident u. a.: Ich nehme mit grosser Freude das Schreiben S.M. des Schahs Pechlevi in Empfang, das Ew. Exzellenz zum Botschafter in der Türkei ernennt. Ueber die freundlichen Worte meiner Person gegenüber sowie gegenüber dem türkischen Volke bin ich aufs tiefste gerührt. Wie Ew. Exzellenz erklärten, bestehen seit Jahren die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern, und auch ich bin fest davon überzeugt, dass Perser und Türken in brüderlicher Gemeinschaft nach demselben Ziele der Erneuerung des Fortschrittes und der Zivilisation streben und wenn es nottut, gemeinsam den ihnen gebührenden Platz unter den Völkern der Welt zu erringen verstehen. In den Bemühungen Ew. Exzellenz, die türkisch-persichen Beziehungen zu fördern, werden Ew. Exzellenz meinen Beistand und den der türkischen Republik niemals vermissen. Ich wünsche S. M. Schah Pechlevi in seiner Arbeit für die Reorganisierung Persiens, dessen Aufstieg wir mit Bewunderung verfolgen, die besten Erfolge.

Die Meerengenkommission.

Angora, 21. Okt.

Die Meerengenkommission wird nunmehr nach Ablauf der Sommerferien wieder allwöchentlich ihre Sitzungen abhalten und bis zum 1. Januar 1929 einen Bericht für das Jahr 1928 fertigstellen, der dem Völkerbund überreicht werden soll. Nach den Erklärungen des Präsidenten der Meerengenkommission, Admiral Wassif Pascha, herrscht unter den Mitgliedern der Komission völlige Uebereinstimmung. Nach der Uebersendung des Gerichtes für 1928 an das Generalsekretariat des Völkerbundes soll der Bericht durch die Zeitungen veröffentlicht werden.

Die Kommission beschäftigt sich hauptsächlich mit der Beobachtung der Kriegsschiffe, die die Meerengen passieren und mit den Neuerungen der Marine und der Flottenreorganisation. Der Bericht an den Völkerbund wird als Hauptpunkte folgende Feststellungen enthalten: die Zahl der Kriegsschiffe, die im Jahre 1928 die Meerengen passierten, ob sich während dieser Periode Zusammenstösse oder irgendwelche Unfälle ereigneten, ob und für wie lange Mannschaften Landurlaub erhielten, sowie ob und welche Massnahmen in der Reorganisation des Flottenwesens getroffen wurden. Zu den Kriegsschiffen werden auch die Oeldampfer, die durch die Meerengen nach dem Schwarzen Meer fahren oder vom Schwarzen Meer kommen, gezählt.

Die türkisch-griechischen Verhandlungen.

Pappa und Diamandopulos in Athen.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post».)

Φ Athen, 21. Oktober.

Der griechische Gesandte in Angora Pappa ist mit dem Vorsitzenden der Austauschkommission Diamandopulos in Athen angekommen.

Im Aussenministerium fand sofort eine ausserordentliche Sitzung statt, in der Pappa seine Rücksprachen mit dem türkischen Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej, Diamandopulos seine Verhandlungen mit dem türkischen Präsidenten der Austauschkommission Dschemal Hüssni Bej mitteilte. Pappa wird sich am kommenden Montag mit Weniselos besprechen, um den griechischen Standpunkt aus allen schwebenden Fragen klar herauszuschälen. Pappa war den Vertretern der Presse gegenüber sehr zurückhaltend, erklärte jedoch, dass alle Hoffnungen zu einer Einigung bestünden.

Pappa optimistisch.

Athen, 21. Oktober

Der griechische Gesandte in Angora, der sich in der türkischen Hauptstadt mit Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej über die türkisch-griechischen Beziehungen und die zwischen den beiden Staaten schwebenden Fragen unterhalten hat, vermied es bei seiner Reise durch Konstantinopel der Presse gegenüber über seine Unterredungen mit dem Aussenminister nähere Erklärungen zu geben. Er begnügte sich mit der Feststellung, dass er mit ziemlich optimistischen Gedanken und in der Erwartung des Abschlusses eines türkisch-griechischen Abkommens aus Angora zurückkehre. Während seiner Besprechungen in Angora soll der türkische Aussenminister von neuem die Frage der Kautionsstellung in Höhe von 500.000 Pf. St. zur Sprache gebracht und die baldige Einzahlung dieser Summe reklamiert haben.

Weniselos und Kundurlotis.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post».)

Φ Athen, 21. Oktober.

Weniselos fährt heute nach Hydra, um dem dort anwesenden griechischen Staatspräsidenten Kundurlotis einen Vortrag über die Ergebnisse seiner Europareise zu halten.

Der griechische Standpunkt.

Gütliche Einigung auf Grund der bestehenden Verträge

Athen, 20. Okt.

In der gestrigen Besprechung des Aussenministers Karapanos mit Pappa und Tsamados soll wie verlautet der griechische Standpunkt in der künftigen Regelung der türkisch-griechischen Fragen festgestellt worden sein. Obwohl der Oeffentlichkeit über das Ergebnis der Besprechungen noch nicht bekanntgegeben wurde, herrscht in Athen allgemein die Ansicht, dass die griechische Regierung den besten Weg für eine endgültige Regelung der noch schwebenden Fragen in der strikten Durchführung der bestehenden Verträge.

Nach seiner Rückkehr nach Angora wird der griechische Gesandte Pappa der türkischen Regierung den endgültigen Standpunkt Griechenlands bekanntgeben. Hierbei soll noch einmal zum Ausdruck gebracht werden, dass die griechische Regierung immer bereit ist, die in Kraft stehenden Verträge und Abkommen zu respektieren.

Die Rückkehr Pappas.

Athen, 21. Okt.

Der griechische Gesandte in Angora Pappa wird sich aller Vorraussicht nach am 10. November nach der türkischen Hauptstadt zurückbegeben. Diamandopulos wird bereits in der nächsten Woche wieder nach Konstantinopel fahren.

Die Verhandlungen der Austauschkommission.

Athen, 21. Oktober.

Der Präsident der griechischen Delegation bei der Gemischten Austauschkommission Diamandopulos hatte mit Dschemal Hüssni Bej vor seiner Abreise aus Konstantinopel eine private Unterhaltung in der nach der Ansicht der türkischen Zeitungen die grössten Schwierigkeiten in der Lösung der türkisch-griechischen Probleme aus dem Wege geräumt worden sind. Der Präsident der Gemischten Austauschkommission General de Lara, der in diesen Tagen in Europa weilt, wird sich demnächst zu einer Kur nach Wien begeben.

Die Schätzungskommission wird heute unter dem Vorsitz des neutralen Mitglieds Med nach Urla fahren, um dort die griechischen Besitztümer nach ihrem Wert abzuschätzen.

Griechenland und Südslawien.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Φ Athen, 21. Oktober.

Nach Nachrichten aus Belgrad will Südslawien bereits in 20 Tagen die Antwort auf die griechischen Vorschläge zum griechisch-südslawischen Paktabschluss einreichen.

Streik in Griechenland?

(Eigener Dienst der Türkischen Post.)

Φ Athen, 21. Oktober.

Die Arbeiter in den Werkstätten der Powar u. Traction traten gestern in den Streik und zogen vor die Kammer. Da der Verkehrsminister versprach bei der Gesellschaft zu intervenieren, haben die Arbeiter heute die Arbeit wieder aufgenommen.

Letzte Nachrichten

Ergebnisse der Generalratswahlen in Frankreich

Paris, 22. Okt. (A.A.)

Das Innenministerium teilt als Ergebnis der französischen Generalratswahlen mit, dass die Konservativen einen Sitz verlieren, die Republikaner 23 Sitze gewinnen, die Linksrepublikaner 20 verlieren, die radikalen Republikaner 37 verlieren, die Radikalsozialisten 15 gewinnen, die sozialistischen Republikaner 6 gewinnen und, die vereinigten Sozialisten 12 gewinnen.

Mit Ausnahme des Seine-Departements sind nach den Wahlergebnissen in Frankreich 67 Konservative gewählt worden, 389 Republikaner, 225 Linksrepublikaner, 161 unabhängige Radikale, 464 Radikalsozialisten, 58 sozialistische Republikaner, 128 vereinigte Sozialisten und 19 Kommunisten.

Festsetzung der Reparationsverpflichtungen.

Paris, 21. Okt. (A.A.)

Nach Information der «Agence d'Anatolie» wurde die endgültige Höhe der deutschen Reparationsverpflichtungen offiziell festgesetzt. Man nimmt jedoch allgemein an, dass die Unterhandlungen sich sehr lange und schwierig gestalten werden.

Vor neuen Wahhabitenunruhen?

Jerusalem, 21. Okt.

Ibn Saud protestiert bei der englischen Regierung dagegen, dass die englischen Flugzeuge das Hedschasgebiet überfliegen. Die Wahhabiten sollen neue Angriffe gegen Transjordanien und den Irak vorbereiten. Die Lage wird als kritisch betrachtet.

Aus Deutschland.

Morgan in den Reparationsverhandlungen.

New York, 21. Okt.

Nach der Ansicht Pariser politischer Kreise wird Parker Gilbert bei seinem Aufenthalt in New York mit Morgan Besprechungen pflegen, da wie verlautet, Morgan eine führende Rolle in der Mobilisierung der deutschen Schulden spielen wird.

Hugenberg für Westarp.

Berlin, 21. Okt.

Als Nachfolger für Graf Westarp wurde Hugenberg zum Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei gewählt.

Die Strafrechtsreform.

Berlin, den 20. Okt.

Reichsjustizminister Koch gab heute nachmittag vor der Presse einige Erklärungen über die in Arbeit befindlichen Entwürfe zum neuen Strafrecht bekannt. Sehr interessant waren seine Mitteilungen über die Angleichung der Vorbildung der angehenden Juristen und Verwaltungsbeamten in den verschiedenen Ländern des Reiches. Die Vorarbeiten sind bereits weit fortgeschritten. Am 14. Oktober ist nach Berlin eine Sitzung der Ländervertreter einberufen worden, in der die Vorbildungsfrage besprochen werden soll. Auch ein Entwurf über die Aenderung des Auslieferunggesetzes befindet sich in Vorbereitung. Politische Verbrecher unterlagen bisher bekanntlich nicht dem Auslieferungsrecht. Jetzt sollen aber auch politische Verbrecher ausgewiesen werden können, falls das begangene Delikt teilweise aus ehrlosen Motiven zu erklären ist. Auch soll das Auslieferungsverfahren nicht mehr wie bisher auf diplomatischem bezw. verwaltungsmässigem Wege betrieben werden, sondern der Reichsjustizminister und die Gerichte selbst sollen über die Auslieferung einer Person zu bestimmen haben. Ueber das Problem der unehelichen Kinder heisst es in den Erklärungen des Ministers, dass ebenfalls ein neuer Entwurf bearbeitet wird. Die Alimentation soll sich in Zukunft nicht mehr auf einen Vater beschränken, falls mehrere Personen als Väter in Betracht kommen. Auch soll künftig auf die wirtschaftliche Lage des Vaters grössere Rücksicht genommen werden. Wichtig ist, dass nach dem neuen Entwurf der Vater auch zur Erziehung der unehelichen Kinder herangezogen werden kann. In dem Ehescheidungsrecht soll in Zukunft der Begriff der Ehezerrüttung, der bereits von Professor Kahl zur Einführung empfohlen wurde, grösserer Raum gegeben werden. Ein Entwurf liegt dem Reichsministerium bereits vor. Was das Eherecht anbelangt, so soll nach den Plänen des Reichsjustizministeriums das Recht auf Verwaltung des von der Frau in die Ehe gebrachten Vermögens anerkannt werden. Auch das von der Frau während der Ehe erworbene Vermögen, soll nicht wie bisher ohne weiteres dem Vermögen des Mannes zugezählt werden.

Das Programm der englischen Arbeiterpartei.

Von Kultusminister a. D. Prof. Dr. Strecker

In der ganzen Welt rüstet sich die Arbeiterschaft, insbesondere auch die sozialistische, von ihrem Mitbestimmungsrecht auf dem Boden der Demokratie möglichst grossen und wirkungsvollen Gebrauch zu machen. Dafür ist auch das Ergebnis des englischen Arbeiterparteitages von Birmingham wieder ein Beweis. Es tritt hier deutlich in Erscheinung, dass die Lösung der sozialen Frage, insbesondere des Programms der Industriarbeiterschaft, aus dem Stadium der revolutionären Explosionen und der behördlichen Experimente herausgetreten ist in die Aera der organischen friedlichen Entwicklung. Es wird heute auch keinen Konservativen mehr geben, der nicht zugestände, dass die moderne Industrie Arbeits— und Lebensbedingungen mit sich gebracht hat, auf die man unmöglich die Gesetze der alten Handwerksarbeit noch anwenden kann. Andererseits ist auf Seiten des Proletariats der Gedanke an einen plötzlichen Umsturz aller bestehenden Ordnungen, um an deren Stelle einen mehr oder weniger fantastischen Zukunftsstaat zu setzen immer weiter in den Hintergrund getreten. Das blutige Experiment, dass die Sowjet-Regierung in Russland in diesem Sinne gemacht hat, eifert umso weniger zur Nachahmung an, als auch für den russischen Arbeiter und Bauern wenig genug dabei herausgekommen ist. Die wirtschaftliche Lage des russischen Proletariats ist trotz der kommunistischen Regierung im Vergleich zum übrigen Proletariat der Welt nichts weniger als beneidenswert, weil eben letzten Endes doch nicht die Regierungsform, sondern die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gegenwart, die in der ganzen Kulturwelt annähernd die gleichen sind, das Schicksal der Völker bestimmen. Die Unterschiede, die da z. B. zwischen amerikanischen und europäischen Zuständen etwa bestehen, treten ja doch zurück im Verhältnis zu den kapitalistischen und technischen Möglichkeiten, die, weltgeschichtlich gesehen, in jenem Zeitalter im Vergleich zu anderen Jahrhunderten auf der ganzen Erde ziemlich gleichmässig gegeben sind. So wirkt das russische Beispiel, das eigentlich der Auftakt zu einer Weltrevolution hätte werden sollen, heute eher ernüchternd auf die Arbeiterschaft in den anderen Ländern. Das lässt sich am Rückgang der kommunistischen Bewegung, an der Entartung ihre Kampfmethoden und an dem Wiedererstarken der sozialdemokratischen Bewegung deutlich genug beobachten. Unter dem Zeichen dieser Entwicklung stand auch der Parteitag der englischen Arbeiterschaft.

Man weiss, dass die englische Arbeiterschaft nicht eigentlich sozialistisch eingestellt ist. Sie geht mehr von gewerkschaftlichem Interessen aus; betreibt also ausgesprochen Berufsinteressenvertretung innerhalb der gegebenen Gesellschaftsordnung. Die Marxistischen Theorien spielen in England keine grosse Rolle. Sie sind zwar auch in Deutschland mehr Theorie und Papier als Praxis, will auch bei uns letzten Endes die Lohn- und Arbeitszeitfragen der Gewerkschaften den Arbeiter mehr interessieren als die staatsrechtlichen und nationalökonomischen Möglichkeiten eines fernen Zukunftsstaates. Immerhin erschweren in Deutschland gelegentlich die allzu starr formulierten Theorien das Zusammenarbeiten der Arbeiterschaft mit den übrigen Schichten des Volkes. In England sind die Klüfte nicht ebenso gross, wodurch andererseits die sozialistischen Ideen es leichter haben, auch in solche Kreise der Intellektuellen einzudringen, die sich in die Schablone einer bestimmten Auslegung des Marxismus nicht hineinpressen lassen.

Das in Birmingham aufgestellte Parteiprogramm bedeutet durchaus ein praktisches Gegenwartsprogramm. Gewiss gehen die Forderungen auf Verstaatlichung des Bankwesens, des Versicherungswesens, des Kohlenbergbaues und des Verkehrswesens weit über das hinaus, was die bürgerlichen Parteien in England vertreten. Dass es aber trotzdem keine im engen Wortsinn «revolutionären» Forderungen sind, beweist wohl schon die eine Tatsache, dass die Verstaatlichung des Ver-